

Die Abfindung hüringischer Fürsten.

Dalle, (Saale), 25. Mai. Staatsrat Hoffmann gab in der Thüringer Landesversammlung der Sozialdemokratischen Partei bekannt, daß der ehemalige Herzog von Meiningen trotz seiner privatrechtlichen Ansprüche auf nahezu 130 Millionen Mark sich mit einer Abfindung von 7 Millionen Mark abfinden lassen mußte. In Folge der Durchsetzung der Unabhängigen, habe die Krone 21 Millionen Mark erhalten, trotzdem ihre privatrechtlichen Ansprüche bedeutend geringer gewesen seien, als die des Meiningensiden Hauses. In Rudolstadt bekam der Fürst eine jährliche Rente von 150.000 Mark zugesichert. In Sonderhausen, wo auch die Unabhängigen am Ruder sind, bekam derselbe Fürst außer den 150.000 Mark eine weitere Rente von 400.000 Mark jährlich.

Die Folgen der Briefporto-Verteuerung.

(Eigener Drahtbericht des Dresdner Nachrichten.) Berlin, 24. Mai. Die dem Reichspostministerium vorgelegenen Entwürfe der ersten zwei Wochen der Portovertierung weisen einen etwa 20- bis 30prozentigen Rückgang der Einnahmen der Reichspost auf. Der Briefverkehr in Groß-Berlin ist während des gleichen Zeitraumes um etwa 40 Prozent zurückgegangen. Noch größer ist der Rückgang in der Benutzung der Hochpost.

Die Auflösung der Marinebrigade.

(Eigener Drahtbericht des Dresdner Nachrichten.) Berlin, 24. Mai. Nach Meldungen aus dem Ministerlager werden die Entlassungen der Erhardt-Brigade bis 10. Juni durchgeführt sein. Bis jetzt sind zwei Drittel der Mannschaften zur Entlassung gebracht worden. Zwischenfälle haben sich bisher nicht ereignet.

Zur Erschießung Paasches

wird dem „Berl. Tagebl.“ mitgeteilt, daß ausdrücklich festgestellt wurde, daß weder Waffen noch irgend welche kompromittierenden Schriften vorhanden waren, so daß der Polizeikommissar davon abließ, überhaupt auch nur ein Stück Papier aus der Wohnung mitzunehmen.

Die Verschlechterung der Wirtschaftslage.

Dalberstadt, 25. Mai. Die Berlin-Dalberstädter Industrie werde leben sich verschlechtert, ihren Betrieb durch die außerordentlichen wirtschaftlichen Verhältnisse erheblich einzuschränken und einen Teil der Beamten und Arbeiter zu entlassen.

Die deutschen Wahlen und Spa.

In der „Kreuz-Zeitung“ wird darauf hingewiesen, wie bedeutsam der Ausfall der Wahlen insbesondere auch dafür sein wird, daß in Spa eine klare Vorstellung von einer planvollen schöpferischen und organischen Produktionspolitik sich durchzieht. Nur wenn die Wahlen solche Männer an die Spitze bringen, die ein klares Programm haben und durchsetzen, wird die Konferenz in Spa, soweit es auf unsere Seite ankommt, so ablaufen, wie Deutschland und Europa es brauchen.

Vernichtung von Wählerlisten durch die Kommunisten.

Dalle, 24. Mai. Wie der Magistrat in Sangerhausen mitteilt, ist es noch ungewiß, ob in Sangerhausen dort bei dem letzten Putz-Kommunisten die Wählerlisten auf dem Rathaus vernichtet haben, am 6. Juni die Bürger ihr Reichstagswahlrecht ausüben können. Der Magistrat hat zwar sofort neue Wählerlisten in Arbeit genommen, und er hofft auch, sie in den nächsten Tagen fertigstellen zu können, aber die Regierung muß für die Auslegung einen ganz kurzen Termin festsetzen, sonst kann die Wahl dort am 6. Juni nicht stattfinden. Wie die Untersuchung jetzt ergibt, haben die Kommunisten auch in anderen Mittel- und Kleinstädten Mitteldeutschlands in ähnlicher Weise wie in Sangerhausen Vorkämpfe auf die Rathhäuser und auf die Banken geplant. Sie wollten zunächst in Eisenberg und dann in Galtze an der Saale vorgehen. Aber in Eisenberg kam der Streik durch die unabhängigen Sozialdemokraten nicht zur Ausführung, die sofort die öffentlichen Gebäude und die Banken mit Wachen aus ihren Reihen besetzten. Die Verhaftung eines großen Teils der Bande, die in Sangerhausen das Vorkämpf vollführt hatte, bewährte dann auch die anderen Orte vor Ueberfällen. Im ganzen sind jetzt 10 verhaftet.

Selberich im Wahlkampf.

Frankfurt a. M., 26. Mai. Staatssekretär a. D. Hoffmann, der an der Spitze der deutschnationalen Liste für Hessen-Rheinland steht, sprach gestern nachmittag im Schauspielhaus vor etwa 6000 Personen. Der Redner fand bei seinen Anhängern sehr starken Beifall, bei den Gegnern, die sich vereint hatten, nicht er auf heftigen Widerstand. Zum Schluß stimmten Hoffmanns Anhänger „Deutschland, Deutschland über alles“ an, während die Sozialdemokraten die Arbeitermarxisten sangen.

Kunst und Wissenschaft.

++ Mitteilung der Sächsischen Staatstheater. Opernhaus, Freitag, den 28. Mai, 7 Uhr: „Der Rosenkavalier“. Reichsministerialrat: Margarete Stern, Dals auf Verlangen: Ludwig Ermold, Cellist: Frieda Schreiber vom Stadttheater in Leipzig als Gast auf Antellena, Violoncello: Robert Büffel, Sopran: Grete Werren-Millich, Baritone: Gertrud Barbs, Bassisten: Hans Rüdiger, Antonia: Elfrida Gubertorn, Sänger: Friedrich Joffel. ++ Albert-Theater. Donnerstag spielt Rita Wang zum letzten Male die Titelrolle im Weierhahn'schen Dienstmädchen „Die kleine Auguste“. ++ Das Wähler-Fest in Amsterdam ist mit einer begeisterten aufgenommenen Aufführung der gigantischen Achten Sinfonie unter Willem Mengelberg zu Ende gegangen. Bei der Abschiedsfeier wurde die Begründung eines „Willems-Mengelberg-Fonds“, der der sozialen Fürsorge für Hollands Musikerschaft dienen soll, bekanntgegeben, desgleichen die Errichtung eines „Wagner-Wähler-Bundes“, der unter Arnold Schönberg's Vorst. die Pflege der Kunst Wählers betreiben soll. ++ Daniel Kühn, der bekannte und beliebte Pfälzer Mundartdichter, Fortschrittskämpfer bei der Pfälzischen Kreisregierung, ist in Ludwigshafen gestorben. Er war der beste Vertreter des zwar etwas rauhen, aber doch gemäßigten nordpfälzischen Dialekts. In einer Anzahl von Bänden sind seine Mundartdichtungen niedergelegt. ++ Der bekannte Sanitätsrat Dr. Rasmann in Weimar ist, wie von dort gemeldet wird, mit seiner ihm in seiner Praxis helfenden Krankenschwester einem schweren Unfall zum Opfer gefallen. Beide Personen erkrankten nach dem Besuch von Lande bezogenen, offenbar nicht untersuchtem Schweinefleisch an Trichinosis und liegen schwer erkrankt, nahezu hoffnungslos in der Krankenstation des Sophienhauses darnieder. ++ Ein deutscher Gelehrter nach Peking berufen? Nach einer Meldung aus Karlsruhe soll der Privatdozent der deutschen Literaturgeschichte an der dortigen Technischen Hochschule, Dr. Karl Goll, einen Ruf als ordentlicher Professor der deutschen Philologie an die Reichsuniversität Peking erhalten haben. ++ Studententag in Göttingen. Am 31. Juli findet in Göttingen der ordentliche Studententag statt, auf dem vor allem die Vertagung fortgesetzt wird über den Entwurf der Verfassung der Studentenschaft.

Verliches und Sächliches.

Dresden, 26. Mai.

Befehl der Belagerungszustand in Sachsen noch?

Von der Reichsregierung in der Staatskanzlei wird und folgendes mitgeteilt: In letzter Zeit ist verschiedentlich die Frage aufgeworfen worden, ob der am 24. April 1919 vom Reichspräsidenten für Sachsen angeordnete Belagerungszustand nicht tatsächlich noch bestünde, da keine Aufhebung nicht im Reichsgefehl verhängt worden sei. Auch in der Volkskammer liegt eine Anfrage hierzu vor. Um diesen Zweifeln zu begegnen, sei auf folgendes hingewiesen: Bereits unter dem 3. Januar 1920 war auf Anregung der sächsischen Regierung vom Reichspräsidenten die Aufhebung des Belagerungszustandes für Sachsen in Aussicht genommen worden. Sie mußte aber mit Rücksicht auf die veränderten Umstände zunächst noch aufgeschoben werden und wurde dann erst unter dem 18. März 1920 aus Stuttgart in folgendem Wortlaut telegraphisch verhängt:

Die auf Grund von Artikel 48 der Reichsverfassung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit getroffenen Maßnahmen im Freistaat Sachsen werden hiermit aufgehoben.

Reichspräsident Ebert.
Reichswehrminister Ruste.

Der Wortlaut dieses Telegramms nimmt zwar, da der Reichsregierung damals in Stuttgart keine Akten zur Verfügung standen, irrtümlicherweise auf den damals in Sachsen gar nicht bestehenden Ausnahmezustand nach Artikel 48 der Reichsverfassung Bezug, anstatt auf den tatsächlich geltenden Belagerungszustand nach der alten Reichsverfassung, wie er am 24. April 1919 verhängt worden war. Nach dem vorangegangenen Meinungsaustausch zwischen der Reichs- und der sächsischen Staatsregierung konnte aber kein Zweifel darüber aufkommen, daß mit dem Telegramm der bestehende Belagerungszustand vom 24. April 1919 aufgehoben werden sollte. Die leitenden Behörden, wie die Staatsregierung und das Bezirkskommando IV waren sich darüber einig, daß hier nur ein Versehen in der Fassung des Telegramms vorliegen konnte, wie es bei der Trennung des Reichspräsidenten von seiner Berliner Kanzlei und der Unmöglichkeit, die Akten einzusehen, erklärlich war. Um die Befähigung des Telegramms nicht zu vergrößern, wurde es durch die Staatskanzlei unverzüglich in allen Zeitungen Sachsen veröffentlicht. Außerdem wurden die Verwaltungsbehörden telegraphisch entsprechend verständigt. Damit wurde der Forderung in § 8 des preussischen Gesetzes vom 4. Juni 1851 genügt, daß die Aufhebung des Belagerungszustandes durch Anträge an die Gemeindebehörden und durch die öffentlichen Blätter zur allgemeinen Kenntnis zu bringen sei.

Nach dieser Befähigung bestand bei dem Reichspräsidenten, der sächsischen Staatsregierung und dem Bezirkskommando IV, wie auch wohl bei dem größten Teile der Bevölkerung kein Zweifel, daß in Sachsen der Belagerungszustand nicht mehr bestünde. Von diesem Zeitpunkt an ist auch keinerlei Maßnahme getroffen worden, die auf ein Weiterbestehen des Belagerungszustandes hätte hindeuten können. Im Gegenteil: für Leipzig und Südwestsachsen mußte infolge der Aufhebung des alten Belagerungszustandes während der letzten Unruhenwochen ein neuer Ausnahmezustand nach Art. 48 Abs. 1 der Reichsverfassung angeordnet werden, der inzwischen ebenfalls aufgehoben worden ist.

Nach alledem steht fest, daß in Sachsen gegenwärtig weder nach altem noch nach neuem Recht irgendwelche Ausnahmebestimmungen gelten.

Die Wahlvorbereitungen in Dresden.

Die Stadt Dresden, einschließlich des selbständigen Gerichtsbezirks Albertstadt, ist bei der bevorstehenden Reichstagswahl im 247 Wahlbezirk eingeteilt, auf die insgesamt etwa 376.000 Wähler entfallen. Einsprüche sind 1051 erhoben worden, die in der Hauptsache erst nach Aufstellung der Wählerliste von ungenügend Personen und solche betrafen, die erst neuerdings aus dem aktiven Militärdienst ausgeschieden waren. Sämtliche Einsprüche sind im Sinne der Einsprechenden erledigt worden.

Unter den in § 5 der Reichswahlordnung aufgeführten Vorwandfragen können Wähler, die in der Reichstagswahlberechtigung eingetragen sind, einen Wahlchein ausgestellt erhalten. Sie erlangen dadurch die Berechtigung, ohne weiteres in jedem beliebigen Wahlbezirk für Wahlrecht ausüben zu können. Die Ausstellung der Wahlcheine kann aber aus technischen Gründen nur bis zum Tage vor der Wahl — das würde der 5. Juni sein — erfolgen. Wähler, die aus wichtigen Gründen gezwungen sind, am Wahltag von Dresden abwesend zu sein, müssen den Antrag auf Ausstellung eines Wahlcheins bis spätestens

vormittag, den 5. Juni 1920, nachmittags 3 Uhr, im Wahl- und Stimmamt, Rausch-Nachhaus, Schloßplatz, einbringen. Dem Rechte des Wahlcheins machten in Dresden bis jetzt 2000 Personen Gebrauch.

Zum 13. Deutschen Fortbildungsschulitag.

Die Kraft jedes Volkes liegt in seiner Jugend! Mehr denn je gelten nach dem Ausgange des unglücklichen Krieges mit seinen für Deutschland so verberlichen wirtschaftlichen und moralischen Folgen diese u. a. Slogans Worte für unser Volk. Seine Zukunft kann nur gesichert werden, wenn es gelingt, die heranwachsende Generation zur Arbeitsfähigkeit und Arbeitsfreude, zu körperlicher Widerstandsfähigkeit und zu stillendem Gehirne, zu sozialer Einsicht und zu staatsbürgerlichem Empfinden heranzubilden. So hängt die Wiederaufrichtung unserer Volkskraft eng zusammen mit den Zielen, die der Deutsche Verein für Fach- und Fortbildungsschulen verfolgt, und ebenso mit der Förderung aller Schulen, die das Geiste der erwerbstätigen Jugend beiderlei Geschlechts in sich sammeln und die nach ihren Zielen und Aufgaben neuerdings durch den Namen „Berufsschulen“ treffender als vor dem gekennzeichnet werden.

In zwei Kriegsjahren hat der Deutsche Verein für Fach- und Fortbildungsschulen nur eine beschränkte Zahl von Fortbildungsschulmännern nach Charlottenburg und Belmar zusammenberufen können. Die jetzt zu lösenden großen allgemeinen Fragen verlangen gebieterisch eine Gesamtkonferenz. Ruff doch gerade die Fortbildungsschule darauf bedacht sein, die weitesten Kreise des Volkes: Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Behörden, sowie die Volkserziehung für sich zu gewinnen. Diese müssen Einsicht bekommen in die selbständige, hohe Bedeutung der Schulmaßnahmen für das nachschulpflichtige Alter, sie sollen durch aktive Teilnahme Verständnis erhalten für die Aufgaben der Fortbildungsschulpolitik. Unter diesem Gesichtspunkt tritt am heutigen Mittwoch in Dresden der 13. Deutsche Fortbildungsschulitag zusammen. Er will sich in einträchtiger Rundschauung um Verfassungsgedanken bekümmern.

Von hoher wissenschaftlicher Werte aus soll die viel-erörterte Frage, inwieweit Allgemeinbildung im Rahmen der Berufsschule Raum finden kann, beleuchtet werden. Eingehend wird untersucht und besprochen werden, wie Berufsschule und Arbeitsstätte sich gegenseitig fördern, aber auch hemmen können. Außerdem werden die Fachabteilungen für gewerbliche, kaufmännische und landliche Fortbildungsschulen bedeutungsvolle Sonderfragen und die Fachabteilung für Mädchen-Fortbildungsschulen die Frage besprechen, was für die Fortbildung der weiblichen Jugend in der Gegenwart zu geschehen hat.

Aber nicht nur das getroffene Wort soll in Dresden für die Sache der Fortbildungsschule werden, begreifen und Operieren werden, sondern auch die Anschauung. Eine reich ausgestattete Lehrmittelausstellung und Vorführung von Apparaten soll neben dem Wort erreichen, daß die Fortbildungsschule, durch sie die deutsche Jugend und unser ganzes Volk einen Gewinn davon haben.

Die Verhandlungen

wurden heute, Mittwoch, vormittag in dem schönen Saal der 1. Fach- und Fortbildungsschule auf der Melanchthonstraße eröffnet, nachdem bereits gestern nachmittag eine Vorhandlung des Deutschen Vereins für Fach- und Fortbildungsschulen stattgefunden hat. Am heutigen Vormittag traten der Beirat und die Ausschüsse des Vereins zusammen.

Wie groß das Interesse der Behörden und Korporationen ist, geht aus der großen Zahl der Anmeldungen hervor. Es sind vertreten die Unterrichtsministerien von Sachsen, Baden, Schwaben, das sächsische Wirtschaftsministerium, das preussische Handelsministerium, die Staatsministerien von Braunschweig, Meckl., Anhalt-Desau, Oldenburg, Coburg, Sachsen-Altenburg, sowie das Ministerium der öffentlichen Arbeiten in Berlin. Abordnungen haben ferner aus fast allen Handelskammern, der sächsischen Landeskulturrat sowie zahlreiche Verbände und Körperchaften.

Die Fachausstellung

Die nachmittags eröffnet werden soll, bildet mit ihrem reichhaltigen Anschauungsmaterial in Präparaten, Tabellen, Bildern, Moulagen und Apparaten eine wertvolle Ergänzung der Tagung. In 15 Räumen sind zur Schau gestellt physikalische Lehrmittel, Protektions- und Kinematographenapparate, kaufmännisches Bildungswesen (Barentunde, Literatur, Stenographie), Unterrichtsgegenstände aus dem graphischen Gewerbe, den freien schmidenden Berufen (Rechner usw.), der Schuhmacher und Schneider, aus dem Nahrungsmittelgewerbe (Bäcker und Fleischer), eine reiche Literaturausstellung, die Anschauungsmittel der Mädchenfortbildungsschule (Allgemein-Unterricht, Handarbeiten, Kinderpflege), Schneiderei und Schnittzeichnen, sowie die Metallbearbeitung. Das National-Opusculum-Museum hat aus seinem reichen Bestande fünf sehr anschauliche Sammlungen beigeleitet und zwar die Abteilungen Berufsschule, Säuglingspflege, Geschlechtskrankheiten, Tuberkulose und Allgemeine Menschenkunde.

Vom Bauhner Petritum.

Ein heimliche Plauderei von Max Reißig. Es ist nicht allzulange her, da ereignete sich, wie das in oft vorkommt, bei meinen Jungen ein beideres Stillein. Die Angehörigen der Begabtenklasse, die sich wesentlich zweimal nachmittags einfinden, um von mir in die konstanten Geheimnisse der englischen Sprache eingeführt zu werden, waren vollständig erschienen. Der neim! Sie waren noch nicht vollständig erschienen; denn als wir in den ersten fünf Minuten wiederholungsweise fleißig und überaus konjugierten:

I have no money — Ich habe kein Geld.
you have no money — du hast kein Geld
a. o. (will sagen usw.), flooste es, und herein trat ganz ergrübt und bedrückt ein meiner Schüler. Wir hielten also pflichtgemäß im schönen Konjugieren inne, um seine Entschuldigung zu hören.

Und da kam sie! „Ach, entschuldigen Sie, bitte, Herr J., das ist zu spät komme, ich mußte erst „drei“ klagen.“ Die Wirkung dieser famosen Entschuldigung war prächtig. Ich lockte aus Leidenschaft (das ist zu Zeiten gar nicht so unpädagogisch. Man soll oft mit seinen Kindern herzlich lachen!), und meine Jungen lachten natürlich im ganzen Prust der Ueberzeugung mit. Weniger zum Lachen schien es meinem kleinen Freund und Spätkind, Bergmann, der, des Tätmers Sohn von St. Petri, tatsächlich erst hatte „drei“ klagen“ müssen, und weil dieses „Dreieckchen“ eine dem Gemeinwohl der Stadt Bayden dienende Tat war, sah ich den Entschuldigungsgrund als hinreichend an; denn man denke, wenn es an besagtem Nachmittage nicht „drei“ geklagen“ hätte, was für Folgen wären möglich gewesen! Die Polizei hätte auf den Turm telephoniert: „Warum schlägt es nicht Dreie?“ Wäre Stillein wäre schließlich versucht gewesen! Man's Rasseeckchen hätte nicht anfangen können! Man's — ach nein, der schlimmen Mühselheiten wären jetzt gewesen, und selbst der alte Petritum hätte sich doch sehr wundern müssen.

Ja, der alte Petritum. Der war gleich unter Gespräch. Und mir fiel eine Stunde ein. Noch nie war ich da oben gewesen. Es ist ja so: In der Fremde, da frageln wir auf jeden Berg, jeden Turm, das sehen wir jedes Museum an, aber in der Heimat gehen wir oft an so vielen Schönheiten fremd vorüber. Am 1. Mai ist ich Ruhe. Viele Freunde von Dresden über den Spornesob zu mir kommend, fährt ich, um ihnen den Frühling in der alten Stadt zu zeigen, wie er aus den Ruinen blüht in wunderbarer Nacht. Und

++ Deutsche und deutsch-österreichische Universitätsstudien. Schon im vorigen Jahre haben Beratungen stattgefunden zwecks Festlegung von Richtlinien für eine gegenseitige Angleichung der Universitätsstudien in Deutschland und Deutschösterreich. Das deutsch-österreichische Staatsamt für Unterricht hat die Beschlüsse genehmigt, der preussischen Unterrichtsbehörde sind sie zur Begutachtung zugegangen. Eine gegenseitige Anrechnung der an deutsch-österreichischen und reichsdeutschen Hochschulen abgedragten Studienemester soll auf Anregung des Rektors der Universität Jnnabradt erstrebt und möglichst grobe Angleichung der Studienordnungen angebahnt werden.

++ Unbekannte Bilder Spignows sind bei einer Sonderausstellung der sächsischen Sammlungen in Heidelberg zum Vorschein gekommen. Es sind vier Bilder und zwei Studien aus Privatbesitz, darunter bedeutende Oelbilder: „Der eingeschlossene Nativität“ und „Flucht nach Ägypten“. Das erste zeigt einen alten Stadtwinkel mit Blick auf einen See, das zweite hat bei Spignow ungewohnte Landschaft. Die Bilder „Der Angler“ und „Der Einsiedler“ sind bei Hilde-Bernays nicht verzeichnet.

++ Die Verteigerung der Kupferkassammlung Paul Davidsohn in Leipzig ergab bisher mehr als fünf Millionen Mark, etwa das Doppelte von dem, was vor dem Krieg erzielt worden wäre.

++ Kleine Theaternachrichten. Das Dresdner Staatstheater erwacht das dreitägige Drama „Passion“ von Paul Claudel zur Aufführung. — Geheimrat Beth verabschiedet sich von Frankfurt a. M. mit der Aufführung der neuen dramatischen Dichtung von Fritz v. Arnim „Flav“, die am 3. Juni stattfinden wird. — Direktor Viktor Paffl, der nach dem Ende der Berliner Kurkassenoper die Leitung des Neuen Operettentheaters in Hamburg übernommen hatte, hat diese Direktion, wie er jetzt bekannt wird, bereits am 1. März niedergelegt und verhandelt augenblicklich wegen der Uebernahme eines Theaters in Berlin. — Hans Marx ist vom Burgtheater nach Berlin zurückgekehrt und hat am Berliner Staatstheater in „Hudramm Densel“ seine Berliner Tätigkeit wieder begonnen. — Der Oberstaatssekretär Wolde mar Jürgen verläßt das Belmarer Nationaltheater; an seine Stelle wurde Salzmann von Breslauer Stadttheater verpflichtet. — Der Regensburger Stadttheaterbesitzer Max Sinubrunner hat die Leitung des Stadttheaters in Regensburg an die Uebertragung. Der neue Direktor wird das Schauspiel in Halle, das sich im vorangegangenen Jahre eines besonders guten Besuches zu erfreuen hatte, sehr zu wünschen, am 25. Mai wegen schlechten Besuches seine Vorlesung zu schließen.

Dresdner Nachrichten Nr. 173